

In diesem Tagesspiegel-Interview stecken 70 Tonnen Fake

geschrieben von Admin | 4. Mai 2019

„Klimasünde Fleisch: In jedem Steak stecken 70 Liter Erdöl“, titelte der Tagesspiegel am 29. April. Serviert mit der Unterzeile: „Fleisch ist viel zu billig, sagt der Klimaforscher Johan Rockström. Der Staat sollte den Menschen beim umweltfreundlichen Konsum helfen.“

Johan Rockström arbeitet als Vize-Chef am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, und begründet im Tagesspiegel ausführlich – und ungestört von jeder distanzierten Nachfrage – warum und wie der Staat den Menschen beim korrekten Essen helfen soll. Rockström und seine Kollegen am Potsdam-Institut empfehlen zur Klimarettung eine „*planetary health diet*“ („für einen gesunden Menschen und einen gesunden Planeten“), die nur noch 100 Gramm rotes Fleisch pro Kopf und Woche zulässt. Nun fällt an dem Tagesspiegel-Stück und der Rechnung Rockströms sofort auf, dass es sich bei der plakativen Behauptung „*in jedem Steak stecken 70 Liter Erdöl*“ um eine völlig abstruse Behauptung handelt. Beim aktuellen Ölpreis von 64,54 Euro pro Barrel (159 Liter) der Sorte Brent wäre das also schon Öl im Wert von 28,41 Euro, Spotmarkt-Preis, wohlgemerkt, also noch ohne Steuern. Da in einem Steak wie in jedem Produkt auch noch Arbeitslohn und Mehrwertsteuer stecken, würde Edeka entweder bei seinem 350-Gramm-Rumpsteak für 15,71 Euro einen kräftigen Verlust einfahren – oder jemand anderes sein Öl oder seine Arbeitskraft verschenken. Möglicherweise meint Rockström, in „*einem Steak*“ – was er offenbar für eine Maßeinheit zu halten scheint – stecke das CO₂-Äquivalent von 70 Liter Erdöl. Aber auch das wäre blühender Unsinn.

Es lohnt sich, auch die weiteren Ausführungen des Potsdam-Instituts-Mitarbeiters und die Tagesspiegel-Stichworte etwas näher zu betrachten. Denn das Zeitungsstück besteht so gut wie ausschließlich aus alternativen Fakten: Es versammelt praktisch alle Falschbehauptungen rund um Essen und Fleischkonsum, die normalerweise nur dosiert in Qualitätsmedien beziehungsweise grüner Wahlkampfprosa vorkommen. Wenn es um den Fleischkonsum geht, war es laut Tagesspiegel und Rockström früher einmal besser. Und diesen Zustand gelte es heute wieder zu erreichen.

„Vor 30 Jahren gab es in vielen Familien nur einmal in der Woche Fleisch“, liefert die Zeitung das Stichwort.

„Genau, der Sonntagsbraten. Man konnte sich das gar nicht anders leisten. Das war gesünder als unsere Ernährung heute“, behauptet der Mann vom Potsdam-Institut.

Es handelt sich um eine frei erfundene Behauptung. Der Fleischkonsum in Deutschland ist in den letzten 30 Jahren nicht gestiegen, sondern gesunken. Im Jahr 1980, also vor gut 30 Jahren, lag der Gesamtfleischverbrauch in Deutschland laut bayerischem

Landwirtschaftsministerium pro Kopf bei 100,5 Kilogramm pro Kopf und Jahr (nur im alten Bundesgebiet wohlgemerkt), im Jahr 2000 bei 90,7 und 2017 bei 87,7 Kilogramm pro Person. Beim reinen Verzehr durch Menschen (also Tierfutter abgerechnet) sehen die Zahlen so aus: 1990 65,9 Kilogramm pro Kopf, 2017 deutlich geringe 59,7 Kilogramm. Der Verzehr von Rindfleisch, den Rockström ja besonders bemängelt, fiel von 1990 bis 2017 von 14,8 auf 10 Kilogramm pro Kopf. Die Geschichte von der fleischarmen Kost zu Zeiten von Franz Josef Strauß und Helmut Kohl hätte jeder Redakteur in einer zehn-Minuten-Recherche als Mär erkennen können.

3.4.2 Fleischverzehr in Deutschland

- kg / Kopf und Jahr -

(menschlicher Verzehr ohne Knochen, Bedarf für Tierfutter, industrielle Verwertung, ohne Verluste)

Jahr	Fleisch insgesamt	Rind- und Kalb	Schwein	Geflügel	Schaf- und Ziege	Pferd	sonstiges	inneweilen
1990	65,9	14,8	40,6	7,4	0,7	0,0	0,9	1,5
2000	61,4	9,6	39,1	9,5	0,8	0,0	1,0	1,0
2010	61,3	8,8	39,5	11,1	0,6	0,0	1,1	0,2
2013	60,7	9,0	38,5	11,5	0,6	0,0	1,0	0,2
2015	61,1	9,5	37,9	12,0	0,6	0,0	0,9	0,2
2016	60,5	9,8	38,7	12,4	0,6	0,0	0,9	0,1
2017v	59,7	10,0	35,8	12,4	0,6	0,0	0,8	0,1

Quelle: ZMP, ab 2007 ANI

https://www.lfl.bayern.de/mw/mcms/publikationen/datei/informationen/fleisch-gefluegelwirtschaft-bayern-2017_b-information.pdf
Herausgeber: Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)

„Ist Fleisch zu billig?“, fragt der Tagesspiegel stattdessen weiter. Die richtige Antwort im Falschen würde lauten: Ganz bestimmt, wenn allein schon 70 Liter Erdöl in jedem Steak stecken. Rockström allerdings fährt mit seinen alternativen Fakten fort:

„In den reichen Ländern Europas, den USA und Australien ist billiges Essen zu einer Art Grundrecht geworden. Vor 30 Jahren haben die Menschen 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für Essen ausgegeben. Das war die größte Ausgabe. Heute sind es nur noch zehn Prozent, der Löwenanteil geht für das Wohnen drauf. Das ist ein Dilemma: Essen darf in unserer modernen Gesellschaft gar nicht teurer werden, weil die Menschen das Geld für andere Dinge brauchen.“

Auch hier reiht sich ein Humbug nahtlos an den nächsten. Der deutsche Statistiker Ernst Engel (1821 -1896) prägte den nach ihm benannten Engel-Koeffizienten: den prozentualen Anteil, den Menschen von ihrem Einkommen für Nahrungsmittel ausgeben. Er entdeckte, dass sich dieser Prozentsatz gut eignet, um den Wohlstand einer Gesellschaft und auch den

verschiedener Bevölkerungsschichten zu messen. Je kleiner der Koeffizient, desto höher das Lebensniveau. In Griechenland lag er 2017 bei 16,9, in Deutschland bei 10,3, in der Schweiz bei 9,7 Prozent. Engel-Zahlen von über 30, ja über 50 finden sich tatsächlich, etwa in Schwellenländern und erst recht in ökonomisch schlecht entwickelten Staaten (Nigeria 2017: 56). Nur die Behauptung, vor 30 Jahren hätte der Engel-Koeffizient in Deutschland oder einem anderen Industriestaat bei 30 gelegen, ist genau so herbeifantasiert wie die anderen Zahlen. Hier kann der Leser noch diverse Engel-Koeffizienten der achtziger und neunziger Jahren vergleichen:

Country (coverage)	Year	Income group (by percentile) closest to Engel coefficient of 0.5			2nd QUANTILE ² (around)		AVG. TOTAL POP.	
		Range ¹ of income distribution	Engel Coeff. (E)	Multiplier factor (1/E)	Engel Coeff. (E)	Multiplier factor (1/E)	Engel Coeff. (E)	Multiplier factor (1/E)
Argentina (Buenos Aires)	1983-86	0-40	51.2%	1.95	48.1%	2.08	38.2%	2.62
Bolivia (La Paz)	1990-91	60-80	51.6%	1.94	59.8%	1.67	45.4%	2.20
Brazil (Rio de Janeiro)	1987-88	0-10	42.1%	2.37	37.0% ⁺	2.70	23.5%	4.26
Chile (Gran Santiago)	1987-88	0-40	50.9%	1.97	49.4%	2.02	32.9%	3.04
Colombia (Urban)	1984-85	2-17	45.2%	2.21	42.2% ⁺	2.37	25.1%	3.99
Costa Rica	1987-88	20-40	48.8%	2.05	51.9%	1.93	40.1%	2.49
Ecuador (urban)	1975-76	29-57	49.3%	2.03	55.9% ⁺	1.79	40.2%	2.49
Ecuador (rural)	1978-79	18-39	45.0%	2.22	45.0% ⁺	2.22	38.6%	2.59
Ecuador (urban)	1991	0-41	50.4%	1.98	49.8% ⁺	2.01	35.8%	2.79
Ecuador (urban)	1995	0-40	49.9%	2.01	47.8%	2.09	38.4%	2.6
Ecuador (rural)	1998	80-100	50.2%	1.99	56.1%	1.78	53.2%	1.88
El Salvador (urban)	1990-91	0-40	51.0%	1.96	50.0%	2.00	37.4%	2.67
Mexico	1984	60-80	50.7%	1.97	55.9%	1.79	46.1%	2.17
Mexico	1989	40-60	50.3%	1.99	51.4%	1.95	39.8%	2.51
Mexico	1992	30-50	49.9%	2.01	49.9%	2.00	35.6%	2.81
Panama (Panama City)	1983-84	31-43	51.2%	1.95	53.5% ⁺	1.87	35.2%	3
Peru (Lima)	1983-86	28-62	51.6%	1.94	52.1% ⁺	1.92	46.8%	2.13
Uruguay (Montevideo)	1982-83	0-25	46.4%	2.16	36.9% ⁺	2.71	31.1%	3.22
Venezuela (urban)	1988-89	0-25	39.0%	2.56	38.5% ⁺	2.60	33.2%	3.01

Sources: CEPAL (1992) and IHB (1996).

Übrigens: Auch ohne die Daten im Detail zu kennen, hätte der Tagesspiegel-Stichwortdarreicherin auffallen müssen, dass hier zwei Dinge unmöglich zusammenpassen können: nämlich frugale Bundesbürger, die sich vor 30 Jahren angeblich nur Fleisch zum Sonntag leisteten, aber gleichzeitig ebenfalls vor 30 Jahren fast ein Drittel ihres Nettoeinkommens für Lebensmittel ausgegeben haben sollen. Das Engel-Gesetz hilft auch bei der Beantwortung der Frage, ob Fleischwaren und generell Lebensmittel „zu billig“ sind.

Genauere Untersuchungen über den jeweiligen Anteil der Ausgaben für Lebensmittel in den verschiedenen sozialen Schichten gibt es nur wenige. In seiner Bachelorarbeit an der Universität Kiel trug ein angehender Agrarökonom entsprechende Daten zusammen, und zeigte damit die erheblichen Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. In Oberschicht-

Haushalten mit einem Monatseinkommen von 8033 Euro lag der Anteil, der für Lebensmittel ausgegeben wird, demnach nur bei 4,43 Prozent, bei Geringverdienern mit durchschnittlich 930 Euro allerdings bei 13,95 Prozent.

Folglich hört man den Satz „Lebensmittel sind in Deutschland viel zu billig“ ziemlich oft in Loftwohnungen im Prenzlauer Berg – und sehr selten im Marzahner Plattenbau.

Da dort der Tagesspiegel sowieso nicht gelesen wird, fragt die Journalistin affirmativ weiter: „Wie teuer müsste ein Steak sein?“ Worauf ein ganz neuer Strang absurder Behauptungen folgt: „Das ist nicht so leicht zu beziffern. Aber wenn Sie auf das Stück Rind auf Ihrem Teller schauen, stellen Sie sich daneben noch ein Fass mit 70 Litern Öl vor, die verbraucht wurden, weil für die Rinderhaltung Regenwälder abgeholzt werden, um Tierfutter wie Soja anzubauen. Hinzu kommen Dünger, der Einsatz von Treckern, Pflügen, Lastern oder Fliegern für den Transport und Plastik für die Verpackung. Auch wenn das Essen verdaut ist, können noch Kosten entstehen, etwa durch die Belastung von Flüssen. Wenn Sie all diese Kosten umlegen würden, wären wir preislich in ganz anderen Dimensionen.“

Die Behauptung Rockströms, Rinder würden vor allem mit Soja gefüttert, und dafür würden Regenwälder gefällt, gehört mittlerweile zum Standardrepertoire grüner Reden und Artikel. Die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt versuchte sich vor einiger Zeit sogar an einer fantastischen Verknüpfung von Fleischkonsum, Sojaanbau und Asylbewerbern („Menschen fliehen auch [...] weil sie das Soja für unsere Fleischproduktion anbauen“ www.zeit.de/2017/05/). Ob wie bei Rockström oder bei Göring-Eckardt gestrickt – es handelt sich um ein so genanntes Narrativ, in dem gleich mehrere Falschbehauptungen aneinandergespleißt werden. Die weltweit zehn größten Sojaherstellungsländer sind

1. USA
2. Brasilien
3. Argentinien
4. China
5. Indien
6. Paraguay
7. Kanada
8. Ukraine
9. Bolivien
10. Uruguay.

In der Mehrheit dieser Länder gibt es keine Regenwälder, und in Brasilien ist längst nicht jeder Soja-Acker durch Regenwald-Abholzung entstanden. Aber vor allem existiert nur ein schwacher Zusammenhang zwischen Soja-Anbau und Rinderzucht oder Fleischherstellung allgemein. Der überwiegende Teil der weltweiten Soja-Ernte wird zur Herstellung von Sojaöl verwendet. Einen mittlerweile beachtlichen Teil verarbeiten Lebensmittelhersteller zu Sojamilch für den in gentrifizierten

europäischen Stadtvierteln beliebten Soja Latte, für Tofu und vegane Ersatzwurst. Ins Tierfutter wandert das Sojaschrot, also ein Nebenprodukt: Es entsteht als Überbleibsel, wenn mit Hilfe von Hexan das Öl extrahiert wird. Durch Erhitzen („toasten“) entfernen Hersteller das Hexan und machen das Schrot für Tiere verträglich. Bei Rindern – und auf Rindfleisch hat es Rockström ja vor allem abgesehen – kommt der eiweißreiche Stoff allerdings nur als Zufütterung in Frage. Rinder sind Wiederkäuer, ihr Verdauungssystem mit Vormagen und Magen braucht zwingend Raufutter, also Weidegras beziehungsweise Silage. Nach dem Deutschen Verband Tiernahrung beziehungsweise dem Statistischen Bundesamt stammen nur 7 Prozent des Nutztierfutters in Deutschland überhaupt aus Importen. Davon macht Soja wiederum nur einen Teil aus. Den größten Teil des Futters für heimisches Vieh, nämlich 54 Prozent, liefert der Grünlandbewuchs in Deutschland.

Aus genau diesem Grund ist auch jede Zahl, die Herstellung von einem Kilo Fleisch (beziehungsweise, wie Rockström meint, „ein Stück Rind“) koste eine bestimmte Menge CO₂ (beziehungsweise „Erdöl“), völlig unsinnig. Denn es spielt eine entscheidende Rolle, ob es sich um Weiderinder handelt, ob der Landwirt sein Grünfutter selbst anbaut, wieviel Mischfutter gegeben wird, woher es stammt, und ob er seine Filets an den Großhandel oder an lokale Abnehmer verkauft. Es hängt natürlich auch davon ab, ob das Fleisch im Land erzeugt wurde (gut 5,1 Millionen Tonnen) oder importiert wurde (3,7 Millionen Tonnen), und von wo. Natürlich ließe sich daraus ein Durchschnittswert für alle Rinder und auch für sämtliches Fleisch in Deutschland zusammenrechnen. Nur wäre die Zahl dann so sinnvoll und aussagekräftig wie die mittlere Temperatur im Krankenhaus oder das gemeinsame Auswärts- und Heimtorsaldo aller Bundesligaspiele.

All das gehört zu einem Wissen, das man bei einem leitenden Institutsmitarbeiter voraussetzen sollte. Rockström lässt derartige Details, falls er sie kennt, beiseite, und stellt fest: *„Keine Frage: Essen ist zu billig. Andernfalls würden wohl auch nicht 30 Prozent der Lebensmittel im Müll landen.“*

Die Behauptung „30 Prozent der Lebensmittel landen im Müll“ kursiert seit Jahren unbelegt in allen möglichen Medien. Der „Stern“ etwa behaupteteforsch:

„Etwa ein Drittel aller Lebensmittel wird in Deutschland verschwendet. Bis zu 18 Millionen Tonnen jedes Jahr.“

Um dann sofort nachzuschieben: *„So genau weiß es niemand, weil alle Studien zumindest in Teilen auf Schätzungen beruhen.“*

Unermüdlich weist der Statistik-Professor Walter Krämer darauf hin, dass diese Prozentzahl eben nicht nur auf Schätzungen beruht, sondern auch auf schlichten Rechenfehlern, und dass es sich auch längst nicht bei allem, was in den Abfall fliegt, tatsächlich um noch genießbare Lebensmittel handelt.

Aber auf einen Humbug mehr oder weniger kommt es sowieso nicht mehr an. Was schlägt nun der 70-Liter-Öl-im-Steak-Warner vor, um seine

Vorstellung von staatlich gelenkter Klima- und Ernährungspolitik durchzusetzen? Rockström:

„Wenn man die ökologischen Kosten auf die Lebensmittel umrechnen würde, wären Lebensmittel im Schnitt wohl um rund 15 Prozent teurer. Für einen deutschen Haushalt wären das Mehrkosten von bis zu 300 Euro im Monat. Die Regierung müsste den Bürgern diese Differenz erstatten. Zusätzlich zum Kindergeld könnte es dann 300 Euro pro Monat als Dividende für eine ökologische Ernährung geben. [...] Das würde den Menschen helfen, sich gut und günstig zu ernähren und Akzeptanz für eine ökologische Reform schaffen.“

Tagesspiegel: Sollte das Geld jeder bekommen oder nur Transferempfänger?
„Jeder, aber vielleicht mit einer Deckelung für Topverdiener. Einkommensschwache Haushalte würden von so einer Steuerreform am meisten profitieren.“

Spätestens hier hätte die Tagesspiegel-Interviewerin Rockström fragen müssen, ob er noch merkt, was er daherredet. Aber dazu hätte es ihr selbst erst einmal auffallen müssen. Erstens: 300 Euro wären 15 Prozent von 2000. Bei welchen Familien vermutet der Potsdam-Klima-Mitarbeiter ein Lebensmittelbudget von 2000 Euro? Zweitens: Erst redet er von 300 Euro „zusätzlich zum Kindergeld“ – Leute ohne Kinder, etwa Rentner, brauchen seiner Meinung nach offenbar keinen Teuerungsausgleich. Grundsätzlich spricht er vor allem von einer zweckgebundenen staatlichen Leistung (in seiner Sprache: „Dividende“ – er scheint auch die Bedeutung dieses Begriffs gar nicht zu kennen). Ein paar Sätze weiter soll es sich dann plötzlich um eine „Steuerreform“ handeln, von der „Einkommensschwache am meisten profitieren“.

In Deutschland zahlen die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher etwa 54 Prozent der Einkommenssteuer, die unteren 20 Prozent dagegen nur sehr wenig. Eine Steuerreform wäre in der Tat dringend nötig – aber gerade die unteren Einkommensbezieher, die schon heute gut 14 Prozent ihres Geldes für Lebensmittel ausgeben, die Rockström noch um 15 Prozent verteuern will, hätten davon nichts – außer einem noch längeren Monat am Ende des Geldes.

Aber fischen wir einmal – just for the sake of argument – ein Element aus dem gequirelten Rockström-Elaborat heraus, also eine Direktprämie des Staates für gutes Essen. Ziehen wir die oberen zehn Prozent großzügig ab, und gehen wir realistischerweise unter Zuhilfenahme von Durchschnittseinkommen, Engels-Koeffizient und dem Rockström-Weltrettungsdiät-Kostenaufschlag von 15 Prozent aus, veranschlagen wir also eine Essensstütze von 1000 Euro pro Jahr für 70 Millionen Deutsche. Das wären 70 Milliarden Euro pro Jahr. Und zwar in einem Land, das jetzt schon unter der zweithöchsten Steuerbelastung der EU leidet. Offenbar verfährt Rockström nach dem legendären Motto von Francois Hollande: „Das kostet Sie nichts, das bezahlt der Staat.“ Dass viele Leute die Klima-Gutessensbeihilfe kassieren, ihr Auto volltanken und Lebensmittel günstig in Polen und Tschechien einkaufen würden – dazu fehlt dem Potsdam-Klimakommentator entweder die soziale Phantasie. Oder er würde

dann eben Grenzschießungen fordern. Warum auch nicht? Viel absurder als sein bunter Kokolores-Salat wäre das auch nicht mehr.

Was bedeutet es für die öffentliche Kommunikation eigentlich, wenn jemand – laut Biografie „Co-Chef“ eines mit Millionen geförderten Instituts – mit abstrusen Zahlen und Falschbehauptungen hantiert, offenbar keine Statistiken lesen kann und noch nicht einmal den Unterschied zwischen staatlicher Leistung, Dividende und Steuerentlastung kennt?

Und was für die Medienlandschaft, in der diese Verwebung alternativer Fakten zu einer kompletten Gegenrealität offenbar keinem Mitglied der Redaktion auffällt? Falls sie nicht sogar begrüßt wird, weil ja schließlich die Richtung stimmt?

Ganz am Ende seiner Tagesspiegel-Audienz verrät Rockström sein Rezept für:

„Selbst gemachtes Bananeneis. Damit kann man wunderbar überreife Bananen verwerten: Die Bananen in dünne Scheiben schneiden, einfrieren, dann die Stückchen in den Standmixer geben. Am Ende haben Sie ein großartiges Bananeneis. Ohne Sahne, ohne Zucker, nur aus Bananen.“

Das wäre dann zwar kein Bananeneis, sondern gefrorenes Bananenmus. Aber immerhin: das geht. Essen muss das niemand. Aber in das Budget von Geringlöhnern passt das allemal.

Übrigens verdienen in Deutschland derzeit 3,4 Millionen Menschen in Vollzeit weniger als 2000 Euro brutto. Diese Meldung stand sogar im Tagesspiegel des 29. April auf Seite eins.



Also in der gleichen Ausgabe, in der dann auf Seite 16 zwei Mitglieder der neuen grünen Bourgeoisie darüber sinnieren, dass Lebensmittel in Deutschland viel zu wenig kosten. Und was wir alle mit Hilfe des Potsdam-Instituts dagegen tun können.

Der Beitrag erschien zuerst bei Publico dem Blog des Autors hier <https://www.publicomag.com/2019/04/in-diesem-tagesspiegel-interview-stecken-70-tonnen-fake/>